

Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Klimaneutralität (2)

Klimaneutralität bis 2030

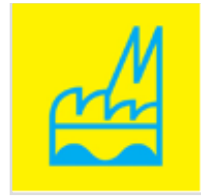
Köln soll im Jahr 2030 Klimaneutralität erreicht haben. Alles, was im direkten und indirekten Einflussbereich der Stadt liegt, soll klimaneutral werden. Direkter Einflussbereich: die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften, der Bereich Mobilität über die Verkehrsplanung, etc. Indirekter Einflussbereich: lokalpolitische Lenkungsmaßnahmen wie die Förderung von energieeffizientem Bauen oder Erneuerbare-Energie-Anlagen sowie Informationskampagnen zu nachhaltigem Konsum, etc.

Es ist wenig sinnvoll, grünen Strom aus Österreich zu kaufen so lange Österreich nicht klimaneutral ist. Die Rheinenergie könnte die Preise für Strom so lange erhöhen, bis so viele Kunden zu anderen nicht städtisch kontrollierten Anbietern gewechselt sind, dass sie für die restlichen Kunden 100% Grünstrom hat. Die Frage nach dem CO₂-Effekt eines solchen Vorgehens beiseite - die Rheinenergie muss aber mit ihren Gewinnen die Energiewende und den ÖPNV-Teil der Kölner Verkehrswende finanzieren. Der Kauf von Imperial Shipping durch die HGK führt zu weiteren Herausforderungen bei der Klimaneutralität: eFuels und Wasserstoff werden von der FDP gefordert, sind aber in der Umweltbewegung noch sehr umstritten. Wir erwarten nicht, dass ein politischer Konsens rechtzeitig erreicht werden kann. Ebenso sehe ich nicht, wie die Heizungen aller Schulen, Kitas, Sporthallen etc. auf Energien umgestellt werden können, die CO₂-neutral sind. Das geht nur über Kompensationsinvestitionen in Projekte außerhalb von Köln. Die FDP ist für solche Kooperationsmodelle. Die Kyoto-Systeme sind ausgelaufen, Nachfolgeregelungen noch in der Diskussion, und werden von vielen und der Klimabewegung nicht unterstützt. Ohne politischen Konsens wird es keine Investitionen geben. 2030 ist daher sehr ambitioniert.

10% des städtischen Haushalts für 100% Klimaneutralität bis 2030

Die Forderung nach Klimaneutralität darf nicht nur Lippenbekenntnis sein. Sie muss sich auch in der budgetären Priorisierung widerspiegeln. Wir fordern für die kommenden 10 Jahre daher ein 6 Mrd-Euro-Programm für mehr Klimaschutz. Das sind 600 Millionen Euro jährlich: 100 Mio. Euro für Radausbau, 100 Mio. Euro für Kapazitätserweiterungen der KVB, 100 Mio. Euro für die Transformation der Rhein-Energie zum reinen Ökostromanbieter, 100 Mio. Euro für Ladeinfrastruktur, 100 Mio. Euro für Klimabildung und -Kommunikation, und 100 Mio. Euro für energetische Sanierung. Das sind gut 10% des jährlichen Haushalts der Stadt Köln.

Bildung/Kommunikation statt Verbote ist 100% FDP und da haben wir in den letzten Köln-Haushalten auch für mehr Personal gesorgt. 100 Mio. € sind 2,3 Stunden Umweltbildung für jede(n) Kölner/in (m/w/d) im Jahr, das scheint wenig, aber es sind auch 1600 Stellen! Das sehen wir nicht. Beim Ausbau der KVB fordern wir seit langem mehr Kapazitäten. Beim Radausbau engagiert sich die FDP für mehr Licht in den Morgen- und Abendstunden, um Menschen die Angst vor dem Umsteigen aufs Rad oder Schusters Rappen zu nehmen - das wird von Umweltschützern abgelehnt. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist für die FDP ein Thema der lokalen Luftqualität und wird als solches unterstützt. Inwieweit batteriebetriebene Autos klimaneutral sind, ist umstritten aber F+E im Bereich der



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Batterien hat ja auch ein wahnsinniges Tempo. Eine Batteriefabrik als Ersatz für Braunkohlekraftwerke würde gut in die Chemieparks des Rheinlandes passen. Zur energetischen Sanierung verweise ich auf die traditionelle FDP-Position, dass Megawatt die beste Energiequelle sei (Physikern stehen bei dem Spruch die Haare zu Berge).

Wir sind uns wohl einig, dass Veränderung durch Investition in Innovation kommen muss. Die FDP hält aber die Stadt selbst für einen extrem ineffizienten Investor - 2030 ist mit dem Modell, dass die Stadtverwaltung das leisten soll, illusorisch.

Der Umstieg der Rheinenergie auf 100% Ökostrom geht, wenn sie aktiv ihre industriellen Kunden an Wettbewerber abgibt. Das Abbauen von Gewinnen kollidiert aber mit anderen Aufgaben der Rheinenergie. 600 Millionen Euro zusätzlich kann die Kölner Wirtschaft nicht generieren und zusätzliche Grundsteuer ist sozial nicht tragbar.

Nachhaltige Kommune (9)

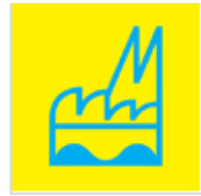
Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent

Alle Städtischen Unternehmen und Einrichtungen müssen bei sämtlichen Entscheidungen und Beschlüssen die damit einhergehenden Treibhausgasemissionen (CO₂-Äquivalent) erheben und in der Kostenkalkulation mit einem Preis von 180 € pro Tonne CO₂-Äquivalent rechnen. Laut Umweltbundesamt verursacht eine Tonne Treibhausgasemissionen 180 € an Folgekosten für diese und künftige Generationen. Die von städtischen Unternehmen oder Einrichtungen verursachten CO₂-Emissionen müssen kompensiert werden.

(<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz>)

Was man nicht misst kann man nicht optimieren. Wir erwarten von der Stadt schon seit dem ersten Klimaschutzpaket 2013 ein regelmäßiges Controlling der klimarelevanten Gase, bevorzugt regelmäßige Messwerte wie bei den Stickoxiden. Nur das erlaubt eine vernünftige Einordnung des Klimaschutzes in das Raster der 17 Nachhaltigkeitsziele der UNO.

Ob ihre 35 Cent pro Kubikmeter CO₂ der richtige Wert ist oder nicht, das hängt von Modellrechnungen ab und dieses „framing“ der Diskussion ist Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses. Als Ankerpunkt kann man nun die Welt in die einteilen, die mehr fordern und die, die weniger fordern und danach dann die Prädikate „gut“ und „nicht gut“ vergeben. Die Verhaltensweisen, für die Hahnemann und Tversky den Nobelpreis bekommen haben, darunter den Mechanismus des „framing“ aber auch Konzepte wie „loss aversion“, spielen auch in der Klimadiskussion eine gewaltige Rolle. Die FDP plädiert daher für eine klare Mengensteuerung inklusive Verkehr, inklusive fossiler Treibstoffe und Erdgas, inklusive Landwirtschaft. Wenn dann Derivate auf 5- und 10-jährige Zertifikate im Umlauf sind, haben unheimlich viele Menschen das berechnet und sie haben - das ist in den 35 Cent/Kubikmeter nicht drin, das subjektive Risiko



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

eingepreist, nicht genug Zertifikate zu bekommen wenn sie sie brauchen. Damit bekommt das Emissionszertifikat viel mehr Dynamik als ein fester Preis, der zu niedrig oder zu hoch liegen kann und nur wie eine zusätzliche Steuer als Standortfaktor abgerechnet wird. Die Idee mit dem festen Preis entspricht dem Wunsch nach einfachen Antworten. Wir halten einen umfassenden Emissionshandel mit Mengensteuerung für richtiger und das skeptische Feedback aus der Wirtschaft bestärkt uns darin, dass die FDP-Lösung wirksamer ist.

Verbliebenes CO₂-Budget und verbindlichen Plan zu dessen Einhaltung bis Ende 2021 erarbeiten

Um noch eine Chance auf Erreichung des 1,5 Grad-Ziels zu haben, darf weltweit nur noch ein Budget von 309 Gigatonnen CO₂-Äquivalenten (<https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>) emittiert werden. Auf Grundlage dieser Berechnung muss die Stadt Köln ein eigenes Restbudget und einen Ausstiegspfad bestimmen. Dieses Budget darf frühestens dann aufgebraucht sein, wenn die Stadt das Ziel der Klimaneutralität erreicht hat. Budgetüberschreitungen müssen in einem jährlichen Bericht öffentlich dokumentiert werden. Dieser Bericht muss auch Maßnahmen benennen, die eine künftige Budgeteinhaltung garantieren.

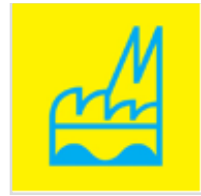
Ein sauberes Controlling von CH₄/CO₂ etc. ist ganz im Sinne einer „Stadt, die rechnen kann“, wie sie die FDP entwickeln will. Nachhaltige Entwicklung besteht aus 17 Zielen. Ziele allein für CO₂/CH₄ etc. verzerren das Bild, das Stadtgesellschaft, Politik und Verwaltung brauchen. Der KölnAgenda-Verein hat einmal einen Indikatorensatz für nachhaltige Entwicklung für Köln vorgelegt, solche Indikatoren gibt es an vielen Stellen. Wir finden es gut, dass sich Gruppen auf einzelne Nachhaltigkeitsziele konzentrieren und da große Kompetenz aufbauen. Politische Parteien können als 17-Kämpfer nie so gut sein wie fokussierte Organisationen. Wir müssen aber so aufgestellt sein, dass wir mit Amnesty, Caritas und FFF, Gewerkschaften und Wissenschaft parallel Ziele bearbeiten, die jede dieser Organisationen für Priorität hält.

Klimanotstand ist zu einem Klimavorbehalt weiterentwickeln

Der Rat und die Verwaltung der Stadt Köln haben ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglicher Entscheidung zu prüfen und Lösungen zu bevorzugen, die Klima- Umwelt und Artenschutz begünstigen.

Klima und Artenschutz sind drei der 17 SDG. Dazu muss es Zahlen, Daten, Fakten geben wie für die anderen auch. Das muss aufgebaut und dabei Kontrolle von Betrieb getrennt werden. Wir nennen das „die Stadt, die rechnen kann“. Im jetzigen Zustand kann die Stadtverwaltung das nicht leisten. Vieles ist versprochen worden und hat sich nicht erfüllt. Wir können aber die Stadt nicht weiter 5 Jahre anhalten in der Hoffnung, dass die Stadt das notwendige Know-How aufbaut und dann mit anderen teilt. Die Stadt muss sich weiterentwickeln, weil sich die Welt weiter entwickelt. Wir werden uns also als FDP darauf einstellen, weiter mit unvollständiger Information Entschlüsse für die Entwicklung der Stadt zu treffen.

Erhöhung des Anteils an vegetarischen und veganen Gerichten in allen städtischen Kantinen und Schulen auf mindestens 75%



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Vegane und vegetarische Gerichte sollen in allen Kantinen städtischer Unternehmen und Einrichtungen quantitativ und qualitativ stets das attraktivere Angebot darstellen. Von vier Gerichten müssen drei vegan oder vegetarisch sein. Gleichzeitig soll jede Mahlzeit an der Essensausgabe mit einer Ernährungsampel und ihrem CO₂-Fußabdruck versehen werden.

Wir können dem Vorschlag folgen, dass ein vegetarisches Essen stets billiger sein sollte wie Alternativen, so wie das mit dem Mineralwasser in Kneipen auch geschieht.

Wir finden auch Information zu Kalorien, Zucker, Fett, Allergenen, dem Herstellprozess etc. gut.

Was qualitativ das beste Angebot ist, das ist Geschmacksache - und das ist individuell. Das brauchen wir hier nicht zu diskutieren. Was wohl mit quantitativ gemeint ist?

Der CO₂-Fußabdruck eines Essens ist heute für Kantinen noch nicht mit vertretbarem Aufwand im täglichen Routinebetrieb zu berechnen. Außerdem ist CO₂ nur ein Teil einer vernünftigen Ökobilanz neben Eutrophierung, Versauerung, Stickstoff, Staub Eine Ampel halten wir für eine Entmündigung: sollen hoch qualifizierte Menschen wirklich mit rot-gelb-grün konditioniert werden? Dass Argument, dass die Menschen zu dumm seien, mit all der Vielfalt an Informationen zurecht zu kommen, das finden wir gar nicht gut - das ist ganz einfach nicht unser Menschenbild.

Divestment

Die Stadt Köln und ihre Unternehmen vollziehen ein Divestment ihrer Wertanlagen und ziehen alle klima- und gemeinwohlschädlichen Investitionen ab. Dies betrifft insbesondere Investitionen in Unternehmen mit Aktivitäten in der Förderung, Verarbeitung oder dem Handel von fossilen Brennstoffen.

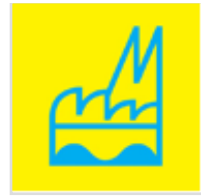
Die FDP hat sich gegen die Investition der Stadt in Gastanker auf dem Rhein ausgesprochen. CDU/Grüne/SPD haben es durchgesetzt. Die FDP ist extrem skeptisch gegenüber jeder Beteiligung außerhalb Kölns, weil wir den Begriff der Daseinsvorsorge viel enger sehen als andere Parteien. Wenn die FDP sich ausnahmsweise im Einzelfall hat überzeugen lassen, dass Investitionen sinnvoll seien, dann hat das damit zu tun, dass die Rheinenergie dauerhaft im Energiemarkt verankert bleiben soll und dazu auch ökonomische Randbedingungen zu erfüllen sind.

Unbenommen dieses Prinzips stehen wir zum UNO-Nachhaltigkeitsziel SDG17 „Partnerschaft zur Erreichung der Ziele“: Das kann internationale Kooperation der städtischen Unternehmen, z. B. mit Unternehmen in Partnerstädten enthalten.

Förderung der Gemeinwohlabilanzierung

Die Stadt setzt sich als Ziel, Köln zur Gemeinwohl-Gemeinde zu machen. Die Stadtverwaltung sowie alle städtischen Unternehmen gehen voran und führen die Gemeinwohlabilanzierung ein. Das langfristige Ziel ist die Gemeinwohlabilanzierung aller in der Stadt ansässigen Unternehmen.

Sie fordern von der Stadt eine wissenschaftliche Rechnung nach der anderen (Klimagase, Ökobilanz für Ernährung, hier Gemeinwohl-Rechnung. Für CO₂ gibt es Normen zur Berechnung. Für vollständige



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Ökobilanzen incl. Verpackung im Bereich der Lebensmittel gibt es gute Beispiele in der Wissenschaft aber noch keine automatisierteren Verfahren. Gemeinwohl-Rechnungen sind noch sozialwissenschaftliche Forschung.

Die Aufgabe der Stadt ist aber nicht, Wissenschaft zu betreiben, die enorme technische und volkswirtschaftliche Qualifikation erfordern. Wenn es einmal ein Start-up gibt, das ein automatisiertes Verfahren zur Gemeinwohlberechnung anbietet, halten wir eine kleinere Stadt als Pilot für sinnvoller.

Bürger/innenbeteiligung durch Bürger/innenräte bei Großprojekten

Die Stadt Köln soll Bürger/innenbeteiligung durch Bürger/innenräte bei Großprojekten forcieren, insbesondere zu den Themen Flächennutzung und Verkehr. Die Zusammensetzung der Bürger/innenräte erfolgt repräsentativ (Querschnitt der Bevölkerung) durch ein Losverfahren.

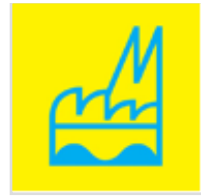
Bürger/innenbeteiligung ist wichtig. Deshalb wird das Thema in Köln auch weiterentwickelt. Die Weiterentwicklung unterstützen wir mit einigen ehrenamtlichen Parteimitgliedern. Ich verweise gern auch auf die Richtlinie VDI7000 des Verbandes Deutscher Ingenieure dazu. Wir verstehen die Frage hier so, dass FFF die Demokratie über Wahlen, wie sie gerade anstehen, nicht für geeignet hält, die Probleme Kölns und der Welt zu lösen und dass es anderer Institutionen bedarf. Es geht aus der Frage nicht hervor, ob die neuen Institutionen die Alten ablösen oder in Konkurrenz ergänzen sollen. Wir haben große Sorge, dass ein solches Komplexität-erhöhendes Experiment notwendige Veränderungen verzögern und den Ruf nach einfacheren, autoritäreren Machtstrukturen verstärken würde.

Der Klimarat der französischen Regierung hat gezeigt, dass die Kombination aus Soziologinnen und Soziologen nicht geeignet sind, eine bessere Repräsentanz der Bevölkerung in einem Rat zu erreichen als Wahlen. Dazu haben zu viele, auf die das Los gefallen ist, Desinteresse gezeigt. Die Beobachtung des Prozesses zeigt das hohe Maß an Beeinflussung von Experten im Sinne einer platonischen Philosophenrepublik. Es gibt eine Tendenz, bei Verfahren der runden Tische, dass Menschen sich dort gegen Veränderung im eigenen Umfeld wehren und Veränderungen bei Menschen anderswo über Politik erzwingen wollen. Wir begleiten die aktuellen Beteiligungsverfahren sehr aktiv, um diese Asymmetrie besser zu verstehen und uns so eine Meinung dazu zu bilden.

Das Los würde Menschen von der Bürgerbeteiligung ausschließen. Das ist nicht im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung. Es ist auch nicht effizient, weil Menschen, die nicht beteiligt werden, nur der Klageweg offen ist, wenn sie betroffen sind im Sinne des Gesetzes. Menschen, die ihre Kompetenz einbringen wollen ohne juristisch betroffen zu sein, würden ausgeschlossen oder auf weniger herausgehobene Beteiligungsformate verwiesen.

Mehr Anerkennung für Care-Berufe

Die Stadt Köln soll sich für bessere Bezahlung, Anerkennung und Arbeitsbedingungen für Care-Berufe (Pflegerkräfte, Sozialarbeiter/innen, etc.) einsetzen



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Die FDP kämpft für die Beseitigung des sogenannten „Mittelstandsbauches“ im Steuerrecht. Das bedeutet ca. 40 Milliarden Euro Steuersenkungen für Einkommen von 14000-28000 Euro im Jahr. Gerade in diesem Bereich kommt von Gehaltserhöhungen besonders wenig bei den Menschen an, der Fiskus holt sich besonders viel vom zusätzlichen Brutto. Die FDP hat das 2009 versprochen, nicht halten können und ist dafür aus dem Bundestag gewählt worden. Wir werden es wieder versuchen. In diesem Einkommensbereich sind viele Menschen, die andere pflegen, aber auch viele andere Menschen mit Berufen, die unseren Respekt und Steuerentlastungen verdienen.

Klimagerechtigkeit als Bestandteil des Kernlehrplans einsetzen

Eine aufgeklärte Gesellschaft beginnt bei den Jüngsten. Deshalb sollte sich die Stadt Köln auf Landesebene aktiv dafür einsetzen, dass Themen wie Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit fester Bestandteil des Kernlehrplans an Schulen in NRW werden.

Beim Thema Nachhaltigkeit stimmen wir zu: hier gibt es eine Systematik der UNO, aus der man Bildungskonzepte entwickeln kann. Beim Thema Klimagerechtigkeit ist uns nicht ausreichend definiert, was das ist. Die Literatur hierzu zeigt noch die intensive Diskussion und noch keinen ausreichenden Konsens, um daraus Lehrinhalte top-down zu entwickeln. Es ist aber in vielen Fällen bekannt, dass Lehrerinnen und Lehrer das Thema aufgreifen. Wir freuen uns auf die Diskussion darüber, was bottom-up wächst. Es muss nicht immer alles „von oben“ kommen, die FDP verfolgt keinen autoritären Politikansatz.

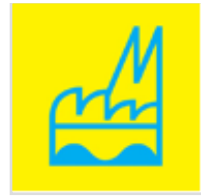
Mobilität (6)

Ganzheitliches nachhaltiges Verkehrsentwicklungskonzept für Köln

Um klimaverträgliche Mobilität zu ermöglichen, braucht es ein ganzheitliches, ambitioniertes und verbindliches Verkehrsentwicklungskonzept. Für 2030 würden sich die Verkehrsmittel wie folgt aufteilen (Modal Split): 10% Autoverkehr, 25% Fußverkehr, 35% Radverkehr und 30% ÖPNV. Um den ÖPNV zu verbessern sind zusätzliche Buslinien und der Übergang von einer sternförmigen zu einer netzförmigen Linienführung elementar.

Ein „ganzheitliches Konzept“ ist in der Politik ein anderes Wort dafür, dass man den Veränderungsprozess anhalten will. Ein „ganzheitliches Konzept“ bedeutet, die Verwaltung solle sich erst einmal mit sich selbst beschäftigen statt kontinuierliche Verbesserung zu betreiben. Die FDP hat ihr Konzept für die Entwicklung der Mobilität schon fertig: es besteht aus der kontinuierlichen Verbesserung - mit mehr Tempo, nicht mit weniger. Unser Konzept ist Angebots-orientiert: Wir wollen das Angebot an nachhaltiger Mobilität so weiter entwickeln, dass die Menschen die Veränderungen gern annehmen. Wir können beispielsweise nicht den Wohnungsbau in Köln de-facto wie heute deckeln und dann Pendler (zwei Karrieren, zwei Kinder) oder ältere Menschen stundenlang in den überfüllten ÖPNV stecken, nur um einen bestimmten „modal split“ zu erreichen.

Die Innenstadt soll bis 2030 autofrei sein



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Zusätzlich sollen ab spätestens 2025 ausschließlich lokal CO₂-emissionsfreie Fahrzeuge zugelassen werden.

Wir sehen die Entwicklung der Elektromobilität (Batterie und insbesondere Brennstoffzelle), vor allem wegen der Effekte auf die lokale Luftqualität und den Lärm sehr positiv und werden das fördern.

Die Innenstadt muss für alle unabhängig von Alter und Handicap in vertretbarer Zeit und vertretbarem Aufwand erreichbar sein. Die Innenstadt muss mit Internethandel und gut erreichbaren anderen Einkaufsmöglichkeiten wettbewerbsfähig bleiben. Die FDP hat einen Vorschlag zur Entwicklung der Innenstadt gemacht, auf den wir hier verweisen. Bis 2025 werden emissionsfreie Fahrzeuge nur für Eliten erschwinglich sein. Ein Zugang zum Auto nur für Menschen mit viel Geld halten wir für falsch, weil damit die Ungleichheit der Menschen bei ihrer verfügbaren Zeit massiv zunähme.

Fahrscheinloser ÖPNV ab 2025

Ab 2025 soll es einen fahrscheinlosen ÖPNV im gesamten Kölner Stadtgebiet geben und darüber hinaus soll eine ÖPNV-Flatrate für ganz NRW angestrebt werden. Dies soll einhergehen mit einem massiven Ausbau der ÖPNV-Kapazitäten und einer Erhöhung der Taktung.

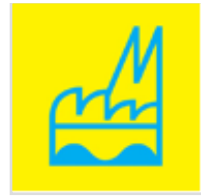
Wir unterstützen den massiven Ausbau des ÖPNV, von U-Bahn über Straßenbahnen in die Außenbezirke bis zum Thema Nachtbus.

Die Digitalisierung ist eine Chance für eine Preispolitik, die sich an der Auslastung orientiert - zumindest für die Menschen, die über Smartphones verfügen. Flat Rates gibt heute schon. Es gibt die bekannten Probleme an den Grenzen der Verkehrsverbünde. Die Umstellung auf entfernungsabhängige Preise ist in Arbeit - die Vertreter der FDP in den entsprechenden Gremien werden sicher Flat Rates als Mittel der Preispolitik bewerten lassen und die Bewertungen zur Diskussion stellen.

90% weniger Autoparkplätze im öffentlichen Raum bis 2030

Autoparkplätze im öffentlichen Raum sollen um 90% bis 2030 reduziert werden. Im Gegenzug werden Park&Ride-Parkplätze am Innenstadtrand, Quartiersgaragen und autofreie Viertel errichtet.

Ich vermute, mit „Autoparkplätzen im öffentlichen Raum“ sind Parkplätze am Straßenrand gemeint. Das kann man aber besser organisieren (Sensoren, Quartiersgaragen) und damit mehr Aufenthaltsqualität schaffen. Man kann den Stellplatzschlüssel an die Erschließung mit ÖPNV ankoppeln. Es müssen trotzdem noch genug Stellplätze an den Straßen erhalten bleiben für Kurzparken, Handwerker, Ladevorgänge, Menschen, die schlecht gehen können oder andere Handicaps haben. Ob 10% die richtige Zahl ist, sollte schrittweise als „Reallabor“ experimentell ermittelt werden - das höhere Wissen, was hier notwendig ist, maßen wir uns nicht an - zumal die



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

demographische Zusammensetzung der Bevölkerung nicht bleibt wie sie heute ist und wir nicht einfach von heute auf in 10 Jahren schließen können.

Zusammenhängendes Radstreckennetz für gesamtes Stadtgebiet

Kölns Radwege sollen zu einem zusammenhängenden Radstreckennetz für das gesamte Stadtgebiet auf- und ausgebaut, inkl. Radschnellwegnetz durch Köln in alle Rand- und umliegenden Bezirke. Diese Radwege sollen baulich getrennte zweispurige Fahrradstreifen und eine Mindestbreite von 3,5 Meter aufweisen.

Die CDU-FDP Landesregierung hat sehr viel mehr Geld für Radwege bereitgestellt als alle Landesregierungen vorher. Die Stadt bekommt davon aber nur etwas ab, wenn Sie baureife Planungen vorlegt - ohne lange Diskussionsrunden, denn sonst sind andere schneller. Konkrete Aufträge für sichere beleuchtete Radwege hat die FDP in die Haushalte der Stadt Köln eingebracht und mit Geld hinterlegt: Entlang der Luxemburger Strasse, entlang der B8 nach LEV, von Dellbrück nach Brück und mehr. „Plans are nothing - planning ist everything“ (Eisenhower) ist der richtige Weg. Uns ist ein Radweg mit weniger als 3,5 Meter Breite, der 2021 gebaut wird, lieber als ein Radweg von 3,5 Meter Breite, der irgendwann gebaut wird.

KVB-Leihradsystem aufs ganze Stadtgebiet ausweiten

Leihradsysteme sind die umweltfreundlichste Ergänzung zum ÖPNV. Daher soll es eine Erweiterung des KVB-Leihfahrradsystems geben, das sich auf die umliegenden Kommunen ausweitet und kostenlos ist.

Es gibt kein Leihfahrrad-System, das kostenlos ist. Es ist nur zu diskutieren, wer die Kosten trägt. Der Anspruch ist hier, dass die Verursacher der Kosten die Kosten nicht selbst tragen sondern diese irgendwie über die gesamte Bevölkerung verteilt werden. Das ist nicht fair, denn es gibt Menschen, die sich eine Flatrate leisten können und die nicht von der Allgemeinheit subventioniert werden müssen. Derzeit werden die Verluste der KVB vor allem aus den Gewinnen der Rheinenergie kompensiert. Wir wollen, dass die Rheinenergie das auch in Zukunft leisten kann.

Die FDP ist bei der Ausweitung des Einzugsbereiches für a) die schrittweise Investition in Fahrräder und Ausweitung auf die Außenbezirke im Einzugsgebiet der KVB, b) die Auswertung der Nutzung (unter Einhaltung des Datenschutzes), c) die Diskussion der Ergebnisse mit den Menschen in den Stadtteilen und d) der gemeinsamen Weiterentwicklung je nach Ergebnis. Die Zusammenlegung der Angebote von WUPSI und KVB in einer App halten wir für sehr wünschenswert. Die Situation bei der RVK ist uns nicht bekannt.

Wir werden einen Weg brauchen, um gegen Missbrauch vorzugehen: wenn die Allgemeinheit oder die Rheinenergie-Kunden das Radsystem hoch subventionieren sollen, dann sind Fahrradruinen im Rhein, in den Weihern und im Gebüsch nicht vermittelbar.

Energieversorgung (3)



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Rheinenergie 100% klimaneutral bis 2030

Die RheinEnergie AG, die zu 80% der Stadt Köln gehört, soll bis 2030 zu 100% ihre Stromproduktion und -handel, einschließlich aller Tochter- und verbundenen Unternehmen, aus erneuerbaren Quellen beziehen. Ebenso ist die Braunkohleverfeuerung im Heizkraftwerk Merkenich unverzüglich durch umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen.

Die Rheinenergie ist Teil des Stadtwerkekonzerns und hat im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mehr Aufgaben als nur Klimaschutz. Die Rheinenergie ist der wichtigste Teil der Finanzierung der Stadtwerke inklusive der für die Gesundheit vieler Menschen wichtigen Bäder oder der von der KVB getragenen Verkehrswende. Alle Menschen und Unternehmen haben die freie Wahl des Stromanbieters. Ökostrom ist wichtig, aber noch wichtiger ist, dass die Rheinenergie Teil des Strommarktes bleibt. Dafür muss sie (im Sinne der Brundtland-Definition von Nachhaltigkeit) auf dem Weg zur CO₂-Neutralität immer das Gleichgewicht von Klimaschutz (UNO-SDG13) und sozialverträglichen Preisen (UNO-SDG8) erhalten.

10.000 Dächer-Programm für mehr Photovoltaik

Um die Verbreitung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern Kölns voranzutreiben, soll ein 10.000 Dächer-Programm eingerichtet werden. Dieses beinhaltet die unbürokratische Unterstützung von Mieter/innenstrommodellen (insbesondere in Mehrfamilienhäusern bzw. Mietshäusern), ein Förderprogramm für Photovoltaik-Messtechnik nach dem Düsseldorfer Vorbild, sowie eine Pflicht für Photovoltaik- oder solarthermische Anlagen auf Dächern in Bebauungsplänen. Darüber hinaus sollen alle Dächer in städtischer Hand (Verwaltung, Schulen und Gesellschaften in städtischem Eigentum) mit Photovoltaikanlagen bis 2025 ausgestattet werden.

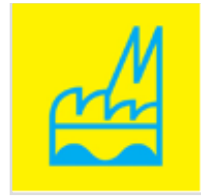
Die FDP unterstützt den massiven Ausbau der Photovoltaik, mindestens in der genannten Größenordnung. Es mangelt im klassischen P⁴-Marketingmix nicht an Produkten und auch der Preis ist meist kein Problem. Es fehlt an Promotion (für konkrete Anbieter, hier fehlt es vor allem an der Markenbildung) und Placement (wie komme ich einfach an eine Solaranlage? Baumarkt oder da, wo ich Kühlschränke kaufe?). Bei beidem kann die Verwaltung nicht helfen: Sie darf keine Marken bewerben und auch keinen Vertrieb organisieren. Wenn die Politik Solaranlagen mit „Gewalt“ durchsetzt, sinkt das Vertrauen darin, dass die Technologie wirklich „etwas taugt“. Die FDP ist mit den Unternehmen der Branche im Gespräch.

Der Bürokratieabbau ist ein klares Ziel der FDP: Rheinische Netzgesellschaft und Rheinenergie sind dabei für Einzelpersonen schlimmer als das Finanzamt – und dabei heißt es, es gehe noch schlimmer. Wir haben das Thema bei der Rheinenergie adressiert.

Unsere Beobachtung ist, dass Feedback von der eigenen PV-Anlage zu anderem Verhalten führt. Stromverbrauch wird an die Leistung der Anlage angepasst. Das ist Umweltpolitik im Sinne der FDP.

Bei städtischen Gebäuden ist der Aufbau von PV und Dach/Fassadenbegrünung auf unserer Agenda.

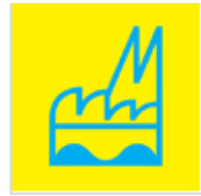
Köln soll sich gegen das Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung aussprechen



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Das von der Bundesregierung verabschiedete Kohleausstiegsgesetz, beinhaltet unzureichende Maßnahmen und ignoriert die klimapolitische Notwendigkeit eines Kohleausstiegs deutlich vor 2038. Daher fordern wir die Stadt Köln dazu auf, sich entschieden und öffentlichkeitswirksam gegen das Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung auszusprechen, um ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen.

Die FDP sieht ihre Aufgabe darin, den Kompromiss für das rheinische Revier zum Funktionieren zu bringen und durch Aufzeigen konkreter Alternativen die Skeptiker und Bremser mitzunehmen. In der Sprache der Tour de France: die FDP ist nicht im Blitzlichtgewitter der bei der Ausreißergruppe, die vielleicht eine Etappe gewinnt, sondern hat ihren Beitrag bei der Führung des Peloton. Und das nehmen wir ernst, denn es kommt für das Klima nicht darauf an, wann die Ausreißer bei einer Etappe im Ziel sind, sondern wann das Feld die Ziellinie am Ende aller Etappen erreicht. Die Mehrheit erreicht man nur, wenn man durch Projekte, die ohne Subventionen funktionieren, zeigt, dass die Energiewende wirklich ohne Verlust an Lebensqualität und individuelle Chancen funktioniert.



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Stadtplanung und Gebäude (3)

Netto-Null beim Flächenverbrauch bis 2030

Der Netto-Flächenverbrauch soll bis 2030 im gesamten Kölner Stadtgebiet auf Null reduziert werden. Dies bedeutet: für jeden neuen Flächenverbrauch (z.B. durch Gebäudebau, Straßenbau etc.) muss an anderer Stelle ursprünglich bebaute Fläche wieder in Grünfläche umgewandelt werden. Beim Wohnungsbau sollen mindestens 50% der neuen Wohnungen durch eine intelligente und stadtteilspezifische Kombination aus moderater Hochhausbebauung, Nachverdichtung, Dachaufstockungen, Alley Flats und Flächensuffizienz realisiert werden.

Die steigenden Kosten pro Quadratmeter sorgen für steigende Flächeneffizienz beim Bauen soweit Politik und Nachbarn es zulassen (s. Studentenbuden am Colonius). Wir können uns höhere Häuser sehr gut vorstellen. Nachverdichtung muss Klimawandel-verträglich sein und Frischluftversorgung frei halten. Aufstockungen werden heute vom Baurecht blockiert - da brauchen wir Entbürokratisierung. Wir wollen keine Verdrängungseffekte mit Mehrverbrauch an Flächen im Umland, wo der ÖPNV normalerweise deutlich schlechter funktioniert und viel mehr Menschen auf das Auto angewiesen sind.

Fordern und Fördern von energieeffizientem Bauen und Sanieren

Dies umfasst die Sanierung von Liegenschaften unter städtischem Einfluss bis 2030 sodass diese klimaneutral sind (jährliche energetische Sanierungsrate von 10% für den aktuellen städtischen Gebäudebestand), und die Förderung innovativer Bauvorhaben u.a. durch beschleunigte Genehmigungsverfahren. Bauvorhaben sollen darüber hinaus von Anfang an cradle-to-cradle-Prinzip berücksichtigen, und spätestens ab 2025 darf jegliche Bebauung nur noch auf Grundlage eines DGNB zertifizierten (<https://www.dgnb-system.de/de/quartiere/>) Bebauungsplans genehmigt werden.

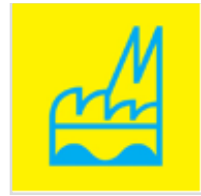
Die FDP ist für beschleunigte Genehmigungen. Die FDP ist dafür, dass Bauämter durch Ausnahmegenehmigungen für innovative neue Lösungen Mitverantwortung für Fortschritt übernehmen.

Die FDP ist gegen noch mehr Studien, Gutachten, die Bauen und Mieten noch teurer machen und die niemand liest sondern nur der Vollständigkeit halber abheftet.

Ressourcenverbrauch und Abfallvermeidung (5)

Köln soll "Zero Waste Stadt" werden und Reduktion der Müllverbrennung um 50% bis 2030

Die Stadt Köln soll einen Fahrplan für die Verwirklichung Kölns als „Zero Waste Stadt“ beschließen, d.h. konkrete Maßnahmen ergreifen, sodass niemand mehr Abfall für die Mülldeponie produziert, eine konsequente Abfalltrennung und -wiederverwertung verfolgt wird, und eine Recycling-Quote >80% realisiert wird, so wie es bspw. die Stadt Kamikatsu in Japan vormacht. <https://www.ecowoman.de/freizeit/natur/die-zero-waste-stadt-kamikatsu-will-bis-2020-komplett-muellfrei-sein-5887>. Die Müllverbrennung als letztes Glied der Verwertungskette von Wertstoffen- und Abfall ist der beste Indikator für den Erfolg von Abfallvermeidung und -



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

recycling. Die Menge an verbranntem Müll aus dem Kölner Stadtgebiet soll bis 2030 um 50% reduziert werden.

Unsere Prioritäten fangen eine Stufe weiter vorne an: a) kein Müll in die Umwelt, b) alles in den richtigen (!) Behälter: keine Fehlwürfe, die das Recyceln unmöglich machen. Dazu gehört, dass jeder in allen benötigten Tonnen immer genug Platz hat und nie, weil eine Tonne voll ist, etwas in die falsche Tonne, öffentliche Mülleimer oder in die Landschaft entsorgt. Dazu gehört, dass die AWB-Mitarbeiter die Entleerung von Wertstofftonnen (blau/gelb/Bio) ablehnen können wenn sie zu viele Fehlwürfe enthalten: die werden mit den nächsten „grauen“ Tonne gemeinsam abgeholt und berechnet.

Die FDP hat erreicht, dass das Projekt „Hallo Nachbar - Dankeschön“ in zwei Gegenden Köln-Mülheims verlängert wird, wo der Umgang mit Müll nicht den Anforderungen dieses Zieles entspricht - und hat die Ausweitung auf weitere vier Bereiche über zwei Jahre in Haushalt verankert. Wir werden auf dem Weg weiter gehen, um alle mitzunehmen, nicht nur die Elite der 12%, die heute schon mit unter 20 Liter/Kopf und Woche auskommen.

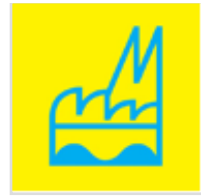
Professor Faulstich hat gerade in einer Studie (https://www.euwid-recycling.de/no_cache/druckversion/news/wirtschaft/einzelansicht/Artikel/prognosmuellverbrennungsanlagen-werden-auch-2040-noch-ausgelastet-sein.html) die Auslastung der Müllverbrennungsanlagen bis 2040 abgeschätzt. Das ist für Deutschland nicht ehrgeizig genug. Im europäischen Zusammenhang haben einzelne Staaten schon darauf hingewiesen, dass sie das Deponieverbot, das in Deutschland seit 2005 gilt, bis 2030 nicht schaffen. Vor dem Hintergrund der klimarelevanten Methanemissionen aus Deponien europaweit muss zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung diskutiert werden, welche Rolle Köln mit seiner Infrastruktur für den europäischen Klimaschutz im Sinne von SDG17 leisten kann. Es reicht uns nicht, wenn Köln so tut als wäre es eine Insel und sich nur selbst optimiert.

Ziel der FDP ist möglichst wenig zu verbrennen - egal, ob das Material über die „graue“ Tonne in der Verbrennung landet oder als nicht verwertbarer Inhalt der Werkstofftonnen im Zementwerk verbrannt wird. Insbesondere ist die wirkliche Ausbeute aus dem „gelben“ System noch komplett inakzeptabel. Dabei erfasst das gelbe System nur 47% der Verpackungen, der Rest fällt unter die Gewerbeabfallverordnung und kann von uns Konsumenten kaum beeinflusst werden und die wertstoffliche Recyclingquote bei Kunststoffen ist noch geringer. Die Stadt muss Teil einer Kreislaufwirtschaft werden - ein enger Fokus auf „zero-waste“-Initiativen für eine Avantgarde und die graue Tonne ist zu klein gedacht.

Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen

Es soll eine Verpackungssteuer für Einwegverpackungen (z.B. Becher und Teller beim to-go Verkauf von Lebensmitteln) nach dem Tübinger Vorbild erlassen werden, um einen Anreiz zu schaffen, auf Mehrwegsysteme umzusteigen und Müllberge zu reduzieren.

<https://www.bvse.de/gut-informiert-kunststoffrecycling/nachrichten-recycling/5390-verpackungssteuer-in-tuebingen-tritt-zum-1-januar-2021-in-kraft.html>



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Es kommt nun eine Plastiksteuer der EU von nach unserer Kenntnis 80 Cent/kg. Die Beiträge der Dualen Systeme zur Sauberkeit in der Stadt sollen erhöht werden - das wird über die Verpackungen an die Verbraucher weiter gegeben. Das Gutachten von Prof. Gellenbeck für den VKU wurde gerade vorgestellt: 22% des Straßenkehrrechts sind Kunststoffe incl. Zigarettenreste, 17% andere Verpackungen und die Entsorgung der 22% Kunststoffe kostet 8,5 €/Kopf und Jahr – 2,7 für Kippen, 1,5 für Einwegbecher. Heute wird die Reinigung der Stadt von Anwohnern, der Allgemeinheit (über Haushaltsmittel) und zu einem ganz kleinen Masse von den Konsumenten (über die Beiträge der Dualen Systeme) finanziert. Eine andere Balance, bei denen die Dualen Systeme einen höheren Beitrag im Milliardenvolumen leisten, halten wir für sinnvoll. Das Thema Zigarettenkippen wird so nicht adressiert – hier wollen wir eine viel größere Zahl von Kippensammlern an möglichst fast allen Laternen – und Recycling.

Jetzt soll also die Gemeinde auch noch eine Spezialsteuer für togo-Plastik als dritte Plastiksteuer drauf setzen? Nach VKU-Gutachten könnte man 1,5-2,0 Mio. € rechtfertigen, wenn es nicht über eine Überweisung der Dualen Systeme an die Stadt gelöst wird. Wir erwarten aber erst eine Wirkung auf die Verbraucher, wenn eine Steuer von 5-10 €/kg an die Verbraucher weitergegeben würde -Eine Steuer in Höhe des 10-fachen Materialwertes führte zu erheblicher sozialer Selektion. Ein geringerer Steuersatz führte zu nur einer neue zusätzlichen Verbrauchssteuer, eine Art erhöhter Mehrwertsteuersatz, die Ärmere prozentual stärker trafe als wohlhabendere Menschen. Das wären drei zusätzliche Steuern (EU, Duale Systeme, kommunal) als Staatseinnahmen ohne soziale Komponente mit vermutlich wenig Lenkungswirkung. Wir sind sehr überrascht, dass vor allem linke Parteien so gezielt sozial diskriminieren wollen - die FDP hält da dagegen – eine lokale Plastiksteuer steht vorerst nicht auf der Liste der Dinge, die wir unterstützen.

Flächendeckendes Reparatur- und Sharingnetz aufbauen

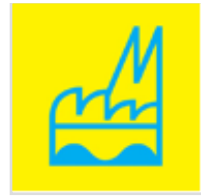
Es soll ein flächendeckendes, lebendiges Netz mit einzelnen Stationen für das Reparieren und Teilen (Sharing) von Gütern eingerichtet werden, insbesondere durch die Einrichtung von Veedel-Mikrodepots für Wertstoffe und funktionsfähige Produkte.

Die FDP hat für diese Dinge eine Art von Kopie der „Dingfabrik“ nach Neubrück gebracht. Leverkusen hat das Probierwerk, das ein Startup-Center mit diesem Service verbindet. Wir haben den Eindruck, dass das eine gute Idee ist und viel öfter in Köln vorhanden sein sollte. Wir halten die Organisation über private Initiativen (mit städtischen Zuschuss) für sinnvoller als einen städtischen Betrieb.

100% Anschlussquote für gelbe Tonne und Biotonne

Die gelbe Tonne und die Bio-Tonne soll zur Pflicht und eine 100%-Anschlussquote aller Haushalte und Unternehmen bis 2030 erreicht werden. Dies wird ergänzt durch die Einführung neuer Veedel-Mikrodepots, bei denen u.a. Biomüll eigenständig und kostenlos entsorgt werden kann. Hierfür werden kleine Biotonnen eingeführt und Bürger/innenmüllabfahren u.a. für Biomüll gefördert.

Wir brauchen Wertstoffcenter im Kölner Nordosten und Südwesten. Eine Kooperation mit Nachbargemeinden kann sinnvoll sein. Wir brauchen bessere Sammlungssysteme für Batterien, speziell hoch-brennbare Lithiumbatterien und Gefahrstoffe. Die 100% Anschlussquote an



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Werkstofftonnen (Papier, Bio, LVP) erfordert, dass diese Tonnen nicht mitgenommen werden, wenn der Inhalt nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Sie werden dann bei der nächsten „grauen“ Abfuhr mitgenommen und in Rechnung gestellt. Wenn es keine Haushalts-nahe Qualitätssicherung gibt, gehen heute ganze Lkw blau/gelb/braun direkt aus der Halle des Sortierbetriebes in die Verbrennung. Es heißt, man könne die Sozialstruktur eines Stadtteils in der Qualität der drei Werkstofftonnen erkennen. Da das diskriminierend ist, gibt es hierzu keine Information. Es zeigt aber die Herausforderung. Wir setzen darauf, dass die Wertstofftonnen (blau/gelb/Bio) nur bei denjenigen vor der Tür stehen, die damit umgehen können. Das Ziel liberaler Umweltbildungspolitik ist, dass bis 2030 das Jede und Jeder zuverlässig kann.

Grünflächen und Umweltschutz (3)

Sofortiger Stopp jeglicher Bodenversiegelung im Kölner Grünsystem

Jegliche Bodenversiegelung im Bereich des Kölner Grünsystems (die beiden Grüngürtel und ihre Radialen) soll sofort gestoppt werden, um das Kölner Grünsystem für alle Kölner/innen als Naherholungsgebiet zu erhalten.

Die FDP will den Grüngürtel für Erholung, Sport und Natur erhalten und - insbesondere im Norden und Osten - erheblich ausbauen und vernetzen. Das ist im Masterplan Grün unter Leitung von Professor aufm Kolk so entwickelt worden und die FDP hat das mit erarbeitet und unterstützt. Im Einzelfall können sich aus unserer Sicht die Grenzen des Grüngürtels verschieben, wenn die Eingriffe durch überproportional Entsiegeln ausgeglichen werden: Unser Weg ist „Netto-Plus“ nicht der Kampf gegen jegliche Veränderung.

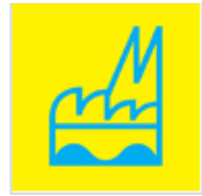
Ausbau der blau-grünen Infrastruktur um 15% bis 2030

Es soll ein Ausbau der blau-grünen Infrastruktur (BGI) um 15% bis 2030 realisiert werden. Blau steht dabei für Wasser, Grün für Natur, Plätze und Parks - die konsequente Verbindung hydrologischer Funktionen mit städtischer Natur, Landschaftsgestaltung und Stadtplanung ermöglicht den Schutz vor Überschwemmungen und anderen Auswirkungen des Klimawandels. <https://de.ramboll.com/services/stadtplanung-und-gestaltung/blau-gruene-infrastruktur>

Die FDP kämpft für die Verlängerung des Strunder Baches in offener Form zum Rhein, für die Erweiterung und Stärkung des Grüngürtels im Sinne des entsprechenden Masterplans im Osten und Norden aber auch für den Respekt vor historischer Identität, d.h. gegen eine Verlegung von Mutzbach und Wichheimer Strunde. Verschiebungen von genutzten Flächen innerhalb der Grüngürtel und Radialen trägt die FDP mit, wenn dabei das Gesamtsystem nicht gefährdet sondern insgesamt kontinuierlich im Sinne von Natur und Erholung verbessert wird.

Ökologische Aufwertung von Grünflächen und Wäldern

Öffentliche Grünflächen (Parks, Friedhöfe, Straßenränder) und Wälder sollen ökologisch aufgewertet werden, z.B. durch die Umwandlung von 30 % der Rasenflächen in Wiesen bis 2025, oder durch die Ausweitung der Naturwaldentwicklungsflächen von 16 % auf 50 % der Gesamtfläche der städtischen Wälder bis 2030



Fragebogen FFF-Wahlprüfsteine

Die FDP trägt das mit, soweit dadurch etablierte Orte der Naherholung nicht eliminiert werden: Die aktuelle Planung zum Gremberger Wäldchen scheint uns ein gutes Beispiel dafür, wie so etwas funktionieren kann.